

**Niederschrift
der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften,
Rechnungsprüfung und Vergaben am 01.02.2023**

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	17:34 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleitung:	Herr Panse
Schriftführer:	

Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 21.12.2022	
4.	Dringliche Angelegenheiten	

5. Behandlung von Anfragen
- 5.1. Nachfrage zum Nachtragshaushalt 2022/23 - Offene Erstattungen im Rahmen der Flüchtlingshilfe **2014/22**
 Fragesteller: Fraktion AfD, Herr Schlösser
 hinzugezogen:
 Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
- 5.2. Personalentwicklung und Arbeitsplätze Sozialamt **2133/22**
 Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau Rothe-Beinlich und Herr Robeck
 hinzugezogen:
 Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
- 5.3. Erstaufnahmeeinrichtung in Erfurt **2199/22**
 Fragesteller: Fraktion AfD, Herr Schlösser
 hinzugezogen:
 Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung FLRV vom 11.05.2022 zum TOP 5.1 - Sanierungsstau im Objekt Allerheiligenstraße 20 (Engelsburg) (Drucksache 0330/22) **0827/22**
 BE: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Sport
- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung FLRV vom 21.12.2022 zum TOP 4.1 - Auszug der Uni Erfurt aus dem Gebäude der Willy Brandt School (Drucksache 1637/22) **2243/22**
 BE: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung
7. Informationen
- 7.1. Mündliche Informationen
- 7.2. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Panse, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben und begrüßte alle Anwesenden. Sodann stellte er die form- und fristgerechte Ladung nach § 35 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) fest. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch; Ladungsmängel wurden nicht geltend gemacht. Ferner stellte der Ausschussvorsitzende die Beschlussfähigkeit des Gremiums gemäß § 36 Abs. 1 ThürKO fest. Zu Beginn der Sitzung waren 10 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Frau Hofmann-Domke (Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit) beantragte in Vertretung des Oberbürgermeisters die Vertagung des TOP 5.1 – Drucksache 2014/22 in den Fragen 1 und 2, da hier eine Angelegenheit des übertragenen Wirkungskreises betroffen sei und folglich die Zuständigkeit der kommunalen Vertretungskörperschaft nicht bestehe.

Herr Schlösser (Fraktion AfD) wandte sich gegen den Antrag und sprach sich gegen eine Vertagung der Behandlung der Fragen 1 und 2 der Anfrage (Drucksache 2014/22) aus.

Infolgedessen stellte der Ausschussvorsitzende fest, dass einmal für und einmal gegen die Vertagung gesprochen worden sei und rief sodann die Abstimmung über die Vertagung der Behandlung der Fragen 1 und 2 der Drucksache 2014/22 auf. Diese erbrachte folgendes Ergebnis:

Abstimmungsergebnis

Ja - Stimmen:	8
Nein - Stimmen:	2
Enthaltungen:	1

Im Ergebnis der Abstimmung stellte der Ausschussvorsitzende fest, dass der Vertagungsantrag eine Mehrheit gefunden habe.

Weitere Änderungsanträge gab es nicht; die Tagesordnung wurde einvernehmlich bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 21.12.2022

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Panse, stellte fest, dass im Vorfeld keine schriftlichen Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben vom 21.12.2022 eingereicht wurden. Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden, ob es mündliche Einwände gegen die Niederschrift in der vorgelegten Form gäbe, wurden keine Wortmeldungen angezeigt. Infolgedessen rief der Ausschussvorsitzende die Abstimmung über die Genehmigung der Niederschrift auf. Diese erbrachte folgendes Ergebnis:

genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten lagen nicht vor.

5. Behandlung von Anfragen

- 5.1. Nachfrage zum Nachtragshaushalt 2022/23 - Offene Erstattungen im Rahmen der Flüchtlingshilfe 2014/22**
Fragesteller: Fraktion AfD, Herr Schlösser
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Frau Hofmann-Domke (Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit) nahm Stellung zur Frage 3 der Drucksache und betonte, dass durch den Freistaat Thüringen Anpassungen in der Kostenerstattung angedacht seien, sodass auch die Landeshauptstadt Erfurt eine entsprechende Anpassung erfahren werde. So solle die Erstattung künftig nicht mehr nach Maßgabe der tatsächlich anwesenden Personen, sondern nach den vorzuhaltenden Plätzen erfolgen. Die Verordnung des Freistaates läge hierzu jedoch noch nicht vor; sobald sich hier ein neuer Sachstand ergebe, werde der Stadtrat in geeigneter Weise hiervon in Kenntnis gesetzt.

Herr Vothknecht (Fraktion CDU) verlieh seiner Wahrnehmung Ausdruck, dass die Stadtverwaltung zunehmend die Beantwortung von Anfragen von Stadtratsmitgliedern, unter Berufung auf eine vermeintliche Berührung des übertragenen Wirkungskreises, verweigern würde. Er rüge dies und man müsse sich zunehmend fragen, welche Fragenkategorien die Stadtverwaltung überhaupt noch zu beantworten gewillt sei.

Frau Hofmann-Domke erläuterte, dass sich das entsprechende Verfahren nach einer Vereinbarung zwischen dem Oberbürgermeister und den Fraktionen richten würde. Diese Vereinbarung habe der Hauptausschuss getroffen, welcher auch ggf. Änderungen vornehmen könne. Die Beantwortung oder Nichtbeantwortung erfolge somit nach Maßgabe des Pro-

duktkataloges, welcher über das Bürgerinformationssystem einsehbar sei. Hieraus gehe auch hervor, welche Aufgaben dem übertragenen Wirkungskreis zufielen und folglich nicht der Zuständigkeit des Stadtrates und seiner Ausschüsse oblägen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt angezeigt wurden, schloss der Ausschussvorsitzende die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes.

zur Kenntnis genommen

- 5.2. Personalentwicklung und Arbeitsplätze Sozialamt 2133/22**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau Rothe-Beinlich und Herr Robeck
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) brachte seine Unzufriedenheit mit der Beantwortung seiner Anfrage zum Ausdruck, die er als unbefriedigend bewertete. Er habe in dieser Sache, wie er dies auch grundsätzlich von Beantwortungen erwarte, auf eine aussagekräftige Stellungnahme gehofft.

Frau Hofmann-Domke (Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit) wies, bezogen auf den Gegenstand der Anfrage, darauf hin, dass der zugrundeliegende Prozess in der Stadtverwaltung von großer Dynamik geprägt sei. Sie erwartete hier, auch mit Blick auf bestimmte Arbeitsmodelle und das mobile Arbeiten, hier noch weitere, sich verstetigende Wandlungsprozesse.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt angezeigt wurden, schloss der Ausschussvorsitzende die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes.

zur Kenntnis genommen

- 5.3. Erstaufnahmeeinrichtung in Erfurt 2199/22**
Fragesteller: Fraktion AfD, Herr Schlösser
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Herr Schlösser (Fraktion AfD) warf die Frage auf, ob ein bestimmtes leerstehendes Gebäude im Ortsteil Linderbach, welches vormals als Baumarkt genutzt worden sei, nunmehr nicht mehr für eine potentielle Nutzung als Landeserstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Rede stehe.

Frau Hofmann-Domke (Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit) verwies auf eine entsprechende Medieninformation der Thüringer Landesregierung, nach der es gegenwärtig nicht angedacht sei, das in Rede stehende Gebäude als Landeserstaufnahmeeinrichtung zu nutzen. Dies entspräche auch ihrem aktuellen

Kenntnisstand, wobei sie über mögliche Entwicklungen in dieser Sache derzeit keine weitergehende Prognose abgeben könne.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt angezeigt wurden, schloss der Ausschussvorsitzende die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes.

zur Kenntnis genommen

6. Festlegungen des Ausschusses

6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung FLRV vom 0827/22 11.05.2022 zum TOP 5.1 - Sanierungsstau im Objekt Aller- heiligenstraße 20 (Engelsburg) (Drucksache 0330/22) BE: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Sport

Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellte fest, dass mit der Beschlussfassung über den Nachtragshaushalt 2023 die notwendigen finanziellen Mittel nunmehr zu Verfügung gestellt worden seien. Er erkundigte sich, welcher Zeitplan zur Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen angedacht sei.

Herr Ott (Leiter des Amtes für Gebäudemanagement) erklärte, dass die Fortführung der Fassadensanierung ab dem 18.04.2023 erfolgen werde. Ferner erfolge im Verlauf des I. Quartals 2023 die Beauftragung eines Fachplaners für den Brandschutz.

Herr Robeck beantragte hierauf die Vertagung der Drucksache 0827/22 auf das II. Quartal 2023, damit der Ausschuss den Fortgang der Arbeiten weiterhin im Blick behalten könne.

Auf Rückfrage des Ausschussvorsitzenden gab es keine Gegenreden gegen den Vertagungsantrag.

Weitere Anträge gab es nicht; die Drucksache wurde einvernehmlich vertagt.

vertagt

6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung FLRV vom 2243/22 21.12.2022 zum TOP 4.1 - Auszug der Uni Erfurt aus dem Gebäude der Willy Brandt School (Drucksache 1637/22) BE: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitali- sierung

Frau Dr. Glaß (Fraktion DIE LINKE) erkundigte sich, inwiefern die seinerzeit beabsichtigten Maßnahmen überhaupt in die Tat umgesetzt worden seien.

Herr Linnert (Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung) erklärte mit Blick auf die seitdem von Statten gegangenen Entwicklungen in der Landeshauptstadt, dass es zunehmend fraglich werde, ob der Bedarf nach einem weiteren Kulturquartier überhaupt

noch bestehe. Insofern müsse der damalige Stadtratsbeschluss nochmals überdacht werden.

Herr Ott (Leiter des Amtes für Gebäudemanagement) ergänzte, dass es momentan, aufgrund desbaulichen Zustands sowie der Gesamtsituierung der Liegenschaft, keine Nutzungsmöglichkeiten (auch nicht teilweise) gäbe. Um die Nutzungsfähigkeit wiederherzustellen bedürfe es weitreichender Sanierungsmaßnahmen im Inneren des Gebäudes, sodass an eine kurzfristige Wiederverwendung der Räumlichkeiten nicht zu denken sei. Die Verwaltung habe hierzu verschiedene Überlegungen angestellt, könne jedoch zu keinem anderen Urteil gelangen.

Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärte, dass es aus seiner Sicht notwendig sein könnte, eine externe Ausschreibung des Gebäudes vorzunehmen, um der von Herrn Ott beschriebenen Situation abzuhelpfen. Er warf die Frage auf, ob ein Vor-Ort-Termin des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben zur Urteilsfindung in dieser Angelegenheit hilfreich sein könnte.

Herr Panse (Ausschussvorsitzender) erläuterte, dass er die Örtlichkeit aus eigener Anschauung bereits kenne. Er gehe nicht davon aus, dass ein Vor-Ort-Termin zu einer anderen Einschätzung führen könne, als zu der, die die Verwaltung bereits artikuliert habe. Infolgedessen rege er zunächst an, innerhalb der Fraktionen den tatsächlichen Bedarf für eine solche Besichtigung zu eruieren und sodann ggf. darauf zurückzukommen. Mit Blick auf die bestehende Beschlusslage wies er zudem darauf hin, dass eine neuerliche Meinungsbildung des Stadtrates über die Folgenutzung der Liegenschaft zunächst der Aufhebung der gültigen Beschlusslage des Stadtrates bedürfe.

Frau Schwenkglens (Sachkundige Bürgerin) regte zum Nachdenken über die Option an, die Liegenschaft künftig als kommunales Theaterquartier zu nutzen. Ihrer Kenntnis nach müssten einige private Theater bzw. Vereine aus dem Bereich der darstellenden Kunst in nächster Zeit neue Spielstätten beziehen, da eine Weiternutzung ihrer bisherigen Standorte nicht mehr möglich wäre.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt angezeigt wurden, schloss der Ausschussvorsitzende die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes.

zur Kenntnis genommen

7. Informationen

7.1. Mündliche Informationen

Mündliche Informationen, im Sinne des § 13 Abs. 2 Geschäftsordnung, waren nicht zu behandeln.

7.2. Sonstige Informationen

Es gab keine sonstigen Informationen.

Nach Erschöpfung der Tagesordnung und dem Ausbleiben weiterer Wünsche nach Redebeiträgen aus dem Gremium, dankte der Ausschussvorsitzende allen Anwesenden für ihre Mitarbeit und schloss sodann die öffentliche Sitzung.

gez. Panse
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer